

«Die Kirchen sind ihr Geld wert»

In den letzten 20 Jahren haben Regierung und Parlament des Kantons Bern insgesamt 14 Sparpakete umgesetzt. Trotzdem zeichnet sich ab 2014 ein gewaltiges Defizit ab. Ausgaben müssen gekürzt werden. Die Kirchen haben in der Vergangenheit die Sparmassnahmen solidarisch mitgetragen. Seit 1991 wurden 10 Prozent der Pfarrstellen abgebaut. Der Regierungsrat sieht bis 2017 für die Kirchen keine Sparmassnahmen vor. Das weckt den politischen Widerstand. Die grünliberale Grossrätin Franziska Schöni-Affolter hat gleich zwei Motionen zum Thema eingereicht. Die Kirchen sollen Stellen

abbauen, fordert sie. Leistungsverträge sollen das bestehende Besoldungsreglement ablösen. In einem Brief, gerichtet an die Grossrätinnen und Grossräte, schreiben die Landeskirchen, sie seien ihr Geld wert. Auch der Kirchgemeindevorstand des Kantons Bern teilt diese Meinung. Wir stellen die Situation dar und haben mit dem Synodalratspräsidenten der Röm.-Kath. Landeskirche, Josef Wäckerle, gesprochen. **Seiten 2 und 3**

In der Herbstsession des Grossen Rates wird ab 18. November darüber diskutiert, wer künftig die Löhne der Pfarrpersonen bezahlt. Foto: anoli, Fotolia.com



Die Vision wird Realität

Das Haus der Religionen am Europaplatz wächst langsam in den Himmel. Für den Innenausbau der Kulturräume sind nun Freiwillige gesucht. Ausserdem gibt es im Verein «Haus der Religionen – Dialog der Kulturen» personelle Veränderungen. **Seite 6**

Im Weinberg Gottes

In unserer Jahresserie beantwortet in dieser Ausgabe Doris Stucki, Leiterin Diakonie bei der Caritas Bern, unsere Fragen. Die Jahresserie zeigt, dass die Kirche eine grosse Vielfalt an kirchlichen Berufen und Betätigungsfeldern zu bieten hat. Die Menschen lassen sich aber offenbar nur sehr schwer dafür begeistern. Mit der Kampagne «Chance Kirchenberufe» wollen die Schweizer Bischöfe dem entgegenwirken. **Seiten 7 und 32**

Blick in die Zukunft

Zukunftsforum, die Bibel oder Stelleninserate gefällig? **Seite 29**

Pfarreiteil

Region Bern

Roter Teil ab Seite 8

Region Mittelland

Gelber Teil ab Seite 18

Region Oberland

Grüner Teil ab Seite 24

Anderssprachige Missionen

Lila Teil ab Seite 30

Eine kreative Ökonomie ist der Treibstoff
der Wohlfahrt.

Ralph Waldo Emerson

Weg mit alten Zöpfen?



Die enge Bindung zwischen Kirche und Staat im Kanton Bern wurde durch alle Zeiten hindurch hinterfragt und beargwöhnt. Foto: Christkath. Kirche und Rathaus in Bern, wikimedia

In zwei Motionen wird gefordert: Auch die Kirchen sollen sparen und vor allem Stellen abbauen.

Vom ehemaligen Bundesrat Hans-Peter Tschudi ist das Zitat überliefert, die Kirche sei weder Dienerin noch Herrin des Staates, vielleicht aber sein Gewissen. Das Gewissen ist nicht immer bequem. Vor allem Politikerinnen und Politiker arbeiten sich von Zeit zu Zeit daran ab. Die Berichte und Motionen zum Verhältnis Kirche und Staat sind Legion. Fakt ist: Der Kanton Bern wendet pro Jahr um die 70 Millionen Franken aus allgemeinen Steuermitteln für die sogenannten Pfarrlöhne auf. Die katholische Kirche bekommt davon knapp 10 Millionen. Der Staat Bern hat in der Vergangenheit mehrmals Kirchengüter säkularisiert. 1804 verpflichtete er sich ausdrücklich, die Geistlichen aus dem Erlös dieser Güter zu besolden. Die 1993 revidierte Kantonsverfassung hält diesen Besitzstand fest. Eine Rückführung des Kirchengutes ist wegen fehlender Inventare kaum noch möglich.

Zwei Motionen

Franziska Schöni-Affolter hat für die kommende Herbstsession im Grossen Rat gleich zwei

Motionen zum Thema eingereicht. Die Bremgarter Gründliberale will damit «alte Zöpfe im Kirchenrecht» beseitigen. Die staatliche Besoldung der Pfarrpersonen soll abgeschafft und durch Leistungsverträge ersetzt werden. In einer zweiten Motion fordert die Grossrätin eine Anpassung der Stellenprozente von Pfarrpersonen nach unten. Heute gibt es eine garantierte Mindestanstellung von 60 Prozent eines Pfarrers, Pfarrerin oder von Gemeindeleitenden, wenn die Kirchgemeinde oder Pfarrei weniger als 700 Mitglieder hat. Schöni-Affolter fordert: «Die Abstufung soll linear in Schritten von 20 Anstellungsprozenten pro 450 Konfessionsangehörigen erfolgen.» Vor allem die reformierten Kirchgemeinden seien personell überdotiert, begründet sie den Vorstoss. Sie will damit gegen 50 Pfarrstellen aufheben. Mit dem eingesparten Betrag sollen die Kürzungen im Behindertenbereich entsprechend reduziert werden. Die zweite Motion betrifft die katholischen Pfarreien kaum. Sie sind bereits sehr grossflächig angelegt.

Der Regierungsrat hat beide Motionen geprüft und empfiehlt dem Grossen Rat, sie als Postulate anzunehmen. Aus einem verbindlichen Auftrag würde so eine Überprüfung, ob etwas in der geforderten Richtung unternommen wer-

den soll. Die Anliegen Schöni-Affolters sollen so in einen Bericht einfließen, der bereits in Arbeit ist. Die Landeskirchen und der Kirchgemeindevorstand haben den Grossrätinnen und Grossräte ihre Meinung zum Thema schriftlich übermittelt. Für die Kirchen ist es wichtig, dass der Nutzen ihrer Dienstleistungen den Kosten der öffentlichen Hand entspreche.

Reaktionen der Kirchen

Das habe die Nationalfondsstudie «Fakir» belegt. In der Stellungnahme heisst es: «Die Kirchen sind ihr Geld wert. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Sozialstaat, indem sie für Mitglieder wie Nichtmitglieder da sind. Die Zuwendungen der öffentlichen Hand kommen in Form sozialer Dienstleistungen an die Gesellschaft vollumfänglich zurück.»

Der Verband der Kirchgemeinden verweist in seinem Brief darauf hin, dass die Motion vor allem einen massiven Stellenabbau in ländlichen Gebieten zur Folge hätte. Das würde einen weiteren Rückzug des «service public» aus diesen Regionen bedeuten. Von einer «aufgeblähten Versorgung» könne nicht die Rede sein. Ein Pfarrer müsse in der Gemeinde Wohnsitz nehmen, er lebe in und mit der Gemeinde. Mit einem 20%-Pensum wären die Gemeinden im ländlichen Raum kaum mehr in der Lage, ihre Pfarrstellen zu besetzen. Weiter schreibt der Verband: «Angesichts der bisher sehr vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat wäre es für den Kirchgemeindevorstand schmerzhaft, die Ansprüche seiner Mitglieder auf dem Rechtsweg einfordern zu müssen.» Im Übrigen habe man sämtliche Sparbemühungen der vergangenen Jahre mitgetragen.

Die Landeskirchen schreiben zum Schluss: «Wir begrüssen den Entscheid des Regierungsrates, einen umfassenden Bericht zum Verhältnis Kirche und Staat erarbeiten zu lassen. Ausdrücklich befürworten wir, dass in diesem Bericht rechtliche, politische, gesellschaftliche und kirchliche Aspekte geklärt werden.»

Die Kirchen werden gebraucht

Wovon lebt der liberale Rechtsstaat? Was sind unsere gesellschaftlichen Grundlagen? Woraus schöpfen wir Gewissheit, was sind die Voraussetzungen für ein gutes Miteinander im Kanton? Allein formal-demokratische Grundsätze reichen wahrscheinlich nicht aus. Der Staat und damit die Gesellschaft brauchen Grundwerte und Grundrechte. Der Staat braucht also etwas, was die Religionen im Angebot haben.

Andreas Krummenacher

Keine «Hauruck-Lösungen»

Josef Wäckerle ist Synodalratspräsident der Röm.-Kath. Landeskirche. Für das «pfarrblatt» nimmt er Stellung zu den Motionen von Franziska Schöni-Affolter. Wäckerle betont, dass die Kirchgemeinden gespart haben und weiter sparen müssen. Die Folgen der Motionen bezeichnet er gar als «Kahlschlag von seelsorgerlichen und sozialen Dienstleistungen der Kirche».



Synodalratspräsident Josef Wäckerle.

Foto: «pfarrblatt»

Kirchen stehen politisch in immer kürzeren Abständen im Gegenwind. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür?

Kurz vor Wahlen versuchen sich Parteien und politische Gruppierungen mit emotionsgeladenen Themen zu profilieren. Zusammen mit aufkommenden atheistischen Strömungen ist die Kirche ein attraktives Feld für Sparvorstösse.

Womit müssen die Kirchen im Kanton Bern in naher Zukunft rechnen? Und bereitet man sich intern auf weitere Diskussionen und allfällige Motionen vor?

Vermutlich werden wir künftig von Vorstössen wie in anderen Kantonen kaum verschont blei-

ben. Die gute Zusammenarbeit zwischen den Landeskirchen und dem Kirchgemeindevorstand werden wir noch intensivieren. Schon heute erfolgen Stellungnahmen gegenüber dem Kanton und der Politik meist gemeinsam. Die zahlreichen Leistungen der Kirchen für die Gesellschaft, wie in der FAKIR-Studie belegt, müssen wir bei Politikern und Bevölkerung noch klarer darlegen.

Wie sieht es finanziell in den röm.-kath. Kirchgemeinden im Kanton aus?

Die Kirchensteuereinnahmen sind wegen der generellen Steuersenkungen im Kanton regional unterschiedlich stark eingebrochen. Eine Kürzung der vom Kanton bezahlten Pfarrlöhne würde die Kirchgemeinden zusätzlich hart treffen. Haben sie doch auf 1. Januar 2014 bereits eine im Vorjahr vom Kanton beschlossene Stellereduktion von 3% zu verkraften.

Wenn Sie die beiden Motionen von Franziska Schöni-Affolter betrachten, wieso muss der Grosse Rat diese ablehnen?

Die Folge der einen Motion wäre ein massiver Stellenabbau in ländlichen Gebieten. Das käme einem Kahlschlag von seelsorgerlichen und sozialen Dienstleistungen der Kirche gleich; insbesondere in der Jugend-, Alters- und Krankenarbeit. Zudem ist das Ausspielen von kirchlichen Leistungen gegen solche für Behinderte, wie es die Motion verlangt, unfair. Die andere Motion strebt im Prinzip eine kurzfristige Trennung von Kirche und Staat an. Die enge rechtliche und politische Verknüpfung lässt sich jedoch nicht mit der vorgeschlagenen «Hauruck-Lösung» entflechten. Für die Beurteilung einer tiefgreifenden Neuorientierung soll der Bericht des Regierungsrates Grundlage sein.

Was halten Sie von der Antwort des Regierungsrates?

Der Regierungsrat hat sich für ein Vorgehen entschieden, das Rücksicht auf den bereits erfolgten 10% Pfarrstellenabbau in den letzten Jahren nimmt, indem er auf eine erneute Kürzungsrunde verzichtet. Zusammen mit dem vorgesehenen Bericht über das Verhältnis Kirche und Staat im Kanton Bern ist das sicher der vernünftigste Weg.

Interview: kr

Gedenk- und Trauerfeiern

Der Monat November gilt gemeinhin als Trauermonat. Zwei Gedenkfeiern in Bern zeugen davon.

Gedenkfeier für Menschen, die um ein Kind trauern

Herz-Schmerz, «...da wird auch dein Herz sein» (Mt 6,21). Gedenkfeier für Angehörige und Fachpersonen, die um ein Kind trauern. Samstag, 16. November, 16.00. Katholische Kapelle Inselspital, mit anschliessendem Beisammensein in der reformierten Kapelle. Es wird eine Kinderbetreuung angeboten. Eine Veranstaltung der Seelsorge an der Frauen- und Kinderklinik, von Hebammen und Trauerbegleiterinnen des Inselspitals Bern, betroffener Eltern, der Elternvereinigung Regenbogen Schweiz, der Kindertrauerbegleitung Zebra und der Fachstelle Fehlgeburt und perinataler Kindstod (die Fachstelle leistet unverzichtbare Arbeit: Info-Telefon 031 333 33 60, fachstelle@fpk.ch, www.fpk.ch, Postkonto 30-708075-5)



«Tränen haben etwas Heiliges. Sie sind kein Zeichen von Schwäche, sondern von Kraft. Sie sprechen beredter als zehntausend Zungen. Sie sind die Verkünder bedrückendsten Kummers, tiefer Reue und unaussprechlicher Liebe.»

Washington Irving

Blicklicht – Lichtblick

Lichterritual, das die Erinnerung an die Verstorbenen aufleuchten lässt und die Trauernenden miteinander verbindet. Freitag, 22. November, 19.00. Kapelle Schosshaldenfriedhof, Ostermundigenstr. 116, Bern. Eine Veranstaltung der röm.-kath. Kirche, der ev.-ref. Kirche und der christkath. Kirche.